

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage.  
Preis: 12 Sgr. für Berlin, 10 Sgr. für  
die Provinzen. — Für ganz Preußen, mit  
Postzuschlag: 2 Thlr. — Für ganz Deutschland:  
2 Thlr. 12 Sgr. — Die einzelne Nr. mit 24 Sgr. berechnet.

Alle Anzeigen nehmen wir  
auf dieses Blatt an, ihr Preis ist  
nach der Wichtigkeit der  
Anzeige zu bestimmen.  
Preis: 10 Sgr. für die erste  
Anzeige, 5 Sgr. für die  
weiteren, 2 Sgr. für die  
vierteljährliche, 1 Sgr. für die  
halbjährliche, 50 Sgr. für die  
jährliche, 1 Thlr. für die  
zweijährliche, 2 Thlr. für die  
drei- und vierjährige.

# Neue Preussische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!

Nr. 20. Berlin, Sonnabend, den 25. Januar. 1851.

## Aus Oesterreich.

### Warum flammert sich Bayern,

warum flammert sich Bayern, Oesterreich, so ängstlich an den Bundes-  
tag? — Ist's nicht zum Hause Habsburg? — wollen sie diesem  
den Vorzug und später vielleicht gar die deutsche Kaiserkrone wieder  
führen? — oder ist's, um sich zu finden vor der Demokratie? —  
Weber das Eine noch das Andere. — Daß der Bundesstag in  
seiner alten Form und seinem früheren Handeln nicht gegen die  
Demokratie, ja nicht einmal gegen die Gothaner Schicht, lebte sie  
die Erfahrung. Die Kaiserkrone würde das Haus Wittelsbach  
trotz des Widerstandes der andern süddeutschen Könige, wahrhaftig  
ganz gerne annehmen. Da die aber vor der Hand auf keinen  
Fall geistig kann, so würde es die Krone zwar lieber auf dem  
Haupte eines Habsburgers als eines Hohenzollern, am liebsten  
aber auf einem beider setzen. — Die einzige Ursache des An-  
flammers an den Bundesstag von Seite der Dynastie wie des  
antirevolutionären Abtheils des Volkes ist — Selbstbehauptungs-  
trieb; — aber diese Ursache ist wahrlich eine genügende. —  
Bayern, Württemberg u. s. w. sehen vollkommen klar, —  
und hätten sie früher daran gewöhnt, wären sie nun durch die  
Machtwort der Union überzeugt worden, — daß ein Auf-  
geben Preußens in Deutschland durchaus nicht Anderes als ein  
Aufgeben Bayerns, Württembergs u. s. w. in Preußen sei; wäh-  
rend ein Aufgeben Oesterreichs in Deutschland eine reine Unmög-  
lichkeit, ein Aufgeben preussischer Staaten in Oesterreich aber höchst  
unwahrscheinlich ist, da Oesterreich, ohne sich im Innern zu schwä-  
chen, eine Vergrößerung im Westen und Norden gar nicht wün-  
schen kann, und wenn es sich überhaupt zu vergrößern sollte,  
seine Politik es notwendig auf den Süden gegen das mittel-  
ländische Meer hinweisen muß. — Bayern, Württemberg u. s. w.  
wollen aber nicht um dem Titel „Deutsch“ — „Preußen“ wer-  
den, sie wollen Deutsche heißen und sein — vor allem Anderem  
aber Bayern, Württemberg, Oesterreich, Sachsen bleiben \*), und die  
Könige und Fürsten wollen regierende \*), heißen und sein, nicht  
aber regierende heißen, thronisch, nicht als Mittel einer Union-  
Institution, unter der Hegemonie Preußens und dem Kaiserthum  
des Hauses Hohenzollern, mediocris sein. — Dieß mag Preu-  
ßens Geistesart unangenehm berühren, seine Ehre aber verletzt es  
nicht im mindesten.

Nicht verletzt unseren Stolz, unser Selbstbehauptungsgefühl so  
sehr, als der Versuch eines Bundes, gar eines jüngeren Bundes,  
oder selbst nur die bei ihm vermuthete diebstahlige Absicht, und  
seiner Unmöglichkeit zu unterwerfen, — viel lieber als ihm unter-  
werfen wir uns einem Fremden.

Dieser Erfahrungstag gilt auch bei Brüdern.

So wie man nun in Preußen in der höchsten Region, vor allem  
in allen Städten und Unterabtheilungen des Volkes, vor allem  
Anderen preussisch denkt und fühlt, dann erst deutsch, lieber  
auf das Gesamtdeutschland, als auf das eigene „Preußen“  
vergisst, endlich lieber die Oberherrschaft Deutschlands als die  
Bayerns anerkennen würde, gerade so denkt und fühlt man in den  
süddeutschen deutschen Staaten, rücksichtlich des eigenen Vater-  
landes, und aus denselben Ursachen würde man sich dort lieber die  
Oberherrschaft Frankreichs als die Preußens gefallen lassen. —  
Was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig.

Dasselbe Gefühl, wie in Bayern, Württemberg, waltet auch in  
Baden, Nassau und Westfalen vor; und während die ersten  
zwei noch aus Vorwitz, Hannover aber in einem solchen englischen  
Sicherheitsgefühl schwelgen, spricht sich diese Stimmung in Westfalen  
von Tag zu Tag deutlicher aus. In den Anhaltischen,  
Sächsischen, Meißnischen, Thüringen, allen jenen kleinen Staaten, deren  
Dynastien mit beiden Füßen in die Wabengasse der Union hinein-  
springen, oder sich als leure coeurs defendants hinein drängen  
lassen müssen, mag vielleicht in der Majorität der Bevölkerung  
der Wunsch vorherrschen, in jeder Hinsicht Preußen zu werden;  
bei den Dynastien aber herrscht und herrscht es sicher nicht; ja  
den meisten ist selbst bei der Union bange geworden, und sie  
haben hohne mühe à la main gemacht, weil sie, mit einem  
großen Staate in Konkurrenz treten können, sich doch lieber  
dem Hause Hohenzollern als Giggere 1. beugen wollten. —  
Mit Ausnahme eines einzigen kleinen Fürsten, dem Altes —  
ein Krieg in Ostpreußen so gut wie die Gunst der Gothaner willkommen  
ist, wenn es ihm dazu verhelfen könnte, irgendwie ein kleiner gro-  
ßer Mann zu werden, haben die Unionisten keinen gewaltigen Streb  
in ihrem Innern verspürt, als sie, der Secula „Republik“ durch  
die Union entgegen, auch der Charybdis „Union“ entziffern  
konnten, und wenn sie auch, die Dehors brochant, beim Ab-  
schiede des Anstehens halber minde circumstancios gemacht ha-  
ben, — so haben sie im Gegentheil zu den süddeutschen Königs-  
reichen, doch die freien Conferenzen als ihre Größten freu-  
dig begrüßt.

## Die freien Conferenzen

find den Unionisten willkommen, weil sie durch sie von einer  
bedenklichen bekannten Gefahr allseitig befreit wurden, und die noch  
unbekannten etwa auftauchenden, ebenfalls mittelst ihrer glücklich  
zu überwinden hoffen; — den süddeutschen Königsreichen aber, oder  
besser der ganzen bayerisch-württembergischen Partei, welche auch  
im Norden Anhänger zählt, sind die freien Conferenzen jedoch un-  
willkommen, weil sie bei dem Hohen „Bundesstag“, welchen sie für  
einen sicheren blicken, und in welchen sie von Oesterreich gelovtet  
nächstens einlaufen zu können hoffen, wieder vorbei, noch längere  
Zeit in der Verbanung lauern, und so manchen neuen Gefahren  
entgegenstehen müssen. — Preußens Regierung sieht durch die

freien Conferenzen seine Ehre gewahrt und Oesterreichs Regierung ging  
auf sie ein, weil sie bei der einmal herrschenden Stimmung (welche wie  
bekannt mit der geistigen Vernunft, dem Rechte und der Billigkeit  
nicht immer gleichen Schritt hält) in ihnen das letzte Mittel für  
Aufrechterhaltung des Friedens sah. — In dieser letzten Rücksicht  
müssen die guten wahren Oesterreicher die freien Conferenzen eben-  
falls freudig begrüßen. Wir thun es auch; dessen ungeachtet drängt  
sich uns die hochwichtige Frage auf: ob nicht dieselbe Stim-  
mung, welche den Bundesstag wenigstens vor der Hand  
und ohne Krieg — unmöglich machte, nicht auch ein  
freies, auf Recht und Billigkeit gegründetes Ueber-  
einkommen unmöglich machen muß?

(Die Redaction der neuen Preussischen Zeitung bemerkt hierzu  
folgendes: Je vollständiger wir uns in der Hauptsache mit  
unserem Freunde in Oesterreich einlassen, desto mehr halten wir  
uns für berechtigt, verschiedene Anschauungen über untergeordnete  
Themen zur Erörterung und dadurch zur befriedigenden Ausglei-  
chung zu bringen. Sünden wir beiderseitig nicht in der Haupt-  
sache auf gleichem Boden, so würden wir eine Verständigung  
über Nebenfragen, als unnützes dialektisches Federpiel, nicht ver-  
suchen. Der Herr wolle daher in der Discussion zwischen uns  
und unserm Oesterreichischen Freunde kein Zeichen mangelnder,  
sondern vielmehr ein Zeichen fester Einigkeit erblicken.)

Unser Oesterreichischer Freund theilt in dem obigen Aufsatze  
den sehr verzweigten Streich, daß ein „Aufgeben Preußens in  
Deutschland durchaus nicht Anderes, als ein Aufgeben Bayerns,  
Württemberg u. s. w. in Preußen“ sei. — Wir sind der gerade ent-  
gegengesetzten Ueberzeugung. Machen wir uns klar, welchen mög-  
lichen Sinn jene nebelhafte Phrase des Aufgebens haben könnte, so  
werden wir und davon überzeugen müssen, daß es kein Anderes  
war, als der: „Preußen sollte mit dem, was es zu Preußen, zur  
europäischen Großmacht erhebt, brechen, um eine Provinz des  
deutschen Reichs zu werden, welches erst durch den Revolutions-  
Brand zusammengebrochen werden sollte.“

Das war die Absicht der ideologischen Jauherbestellung, welche  
jenseitig gebraucht, und sie würde in der Weise vollständig  
erreicht worden sein, daß Preußen auf- oder richtiger unter-  
gegangen wäre, — aber mit dem Deutschland, folglich auch Oester-  
reich, denn diese drei bilden ein organisches Ganzes, und Leben  
oder Tod des Einen bedingt Leben oder Tod der Andern! —  
Daß weder Feinde noch Freunde sich in die unerhörte Verleumdung  
der Union-Volksführer haben hinein denken können, sondern daß das  
übrige Deutschland vermittelst der Vergrößerung „Blaue Preußen“  
mit eben so großem Misstrauen argwöhnte, als künftige und  
verlebte Preußen sie zum Theil hofften, daß auf diese Weise  
ideologische Phantasien und sehr reale Interessen, Angst vor der  
Revolution und vernünftigen Spielen mit derselben, Abscheu  
vor ihr und Liebäugeln mit ihr, sich auf die bunteste Weise freuz-  
ten, kurz, daß die Fragestellung so verwirrt war, wie nur möglich,  
daß hat die Kritik des vorigen Monats, die wie aus dem Mund  
des beklagten Verstorbenen aller Kräfte brachte, so gefahrlos gemacht!  
Unmöglich aber müssen wir unsern verheerenden Oesterreichischen  
Freunde noch eine Frage vorlegen. Wie hätte der Bundesstag  
die deutschen Fürsten und Staaten gegen bedrückte Preussische Ver-  
größerung-Gelüste schützen können, da derselbe, wie unser Freund  
sehr richtig bemerkt, nicht einmal gegen die Gothaner Schuch  
zu gewahren vermochte? Das Richtige ist wohl, daß der Bun-  
destag nur die Form war, für einen engen Anschluß an  
Oesterreich. Um Oesterreich und Preußen dreht sich die deutsche  
Frage; ohne Oesterreich oder ohne Preußen giebt es kein einziges,  
kein wahres Deutschland. Der reactivirte „Bundesstag“ ohne Preu-  
ßen war daher factisch nur eine Oesterreichische Erweiterung auf  
die Preussische Union und repräsentirt in der Realität ganz  
Deutschland so wenig als diese, — eine Thatsache, die Oesterreich  
auch in Warschau anerkannt hat.)

## Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:  
Dem Director der Sternwarte zu Potsdam, von Strauss,  
den Orden pour le mérite für Wissenschaften und Künste zu  
verleihen.

### Justiz-Ministerium.

Dem für die Rechtsangelegenheiten Commissionen zu Aachen und Hamm  
ernannten Rechtsanwalte Kaackman zu Aachen ist die Praxis bei sämt-  
lichen Gerichtsbehörden erster Instanz im Bezirke des Kreisgerichts zu War-  
saw bezeugt worden.

### Ministerium der geistlichen u. Angelegenheiten.

Der Director der ersten Klasse Johann Vincent Bury ist zum  
Kreis-Consistorial-Rath in Breslau, Regierung-Bezirks Hofen, ernannt  
worden.

### Finanz-Ministerium.

Bei der Bank-Rommawalle zu Straßburg können vom 1. Februar d.  
J. ab Gelder von Creditinstituten, Banken, Schulen und milden Stiftun-  
gen, so wie auch von Corporationen und Privat-Personen, unter den vor-  
schreibenden Bedingungen jenseitig belegt und wieder erhoben werden.  
Berlin, den 18. Januar 1851.

Der Chef der preussischen Post.  
Angekommen: Se. Excellenz der General-Lieutenant von Rabo-  
witz, von London.  
Der Chefkommandant in Heringsdorf, Graf vom Hagen, von  
Möden.

## Königthum von Gottes Gnaden und Absolutismus.

Es sind zwei Dinge verschieden wie Himmel und Erde. Eines ist  
das wahre Königthum, eine Amtsführung unter Gott über seine

Gleichen, gebunden nach oben durch seine Vollmacht, nach unten  
durch die Rechte seiner Unterthanen; Regierer, der Absolutismus,  
Nichts als die Caricatur des Ersten, ein Götzenbild, wo sich  
ein Mensch an die Stelle Gottes setzt, wie nach oben die Rechte  
Gottes, so nach unten die Rechte der Väter verachtet. Nur vor  
und noch niemals verstanden, mag sich deshalb heute darüber  
wundern, daß wir, die wir das Königthum von Gottes Gnaden  
wollen, die entschiedensten Gegner aller Absolutismus sind. So  
vor dem Mäz der Schande, wo wir es waren, welche die Rechte  
der Stände gegen eine übermächtige Bureaucratie vertraten, so in  
den jüngst verflochtenen Jahren, wo Niemand in dem Maße als  
wir die wahre Freiheit und die nobelvorbenen Rechte aller  
Klassen des Volks gegen den übermächtigen Absolutismus eines  
vielschöpigen Despoten verteidigt. Es kann daher so wenig neu  
als befremdlich sein, wenn wir es heute abermals für unsere Pflicht  
halten, wie vor der Anarchie, so auch vor dem Absolutismus zu  
warnen, nicht vor dem Absolutismus der Krone, — diese Gefahr  
liegt jetzt weniger nahe — nein, vor dem Absolutismus einer eng-  
verzagten, selbstthätigen, Recht und Freiheit verachtenden Bureau-  
cratie, einer Bureaucratie, die heute um so gefährlicher ist, als es  
ihre durch die „glorreiche Revolution“ gelungen, ihre Gewalt von  
dem Gebiete der Verwaltung auch auf das Gebiet der Gesetzge-  
bung auszuweiten. Dieser Absolutismus, welchem das mächtige  
Oesterreich beizieht, dieser ist es, welchem auch Preußen mit  
starken Schritten entgegen geht, und dem es in der Kürze unrett-  
bar verfallen muß, wenn es nicht gelingt, denselben eine wirkliche  
Vertretung des Volkes entgegen zu stellen. Die beschworene Ver-  
fassung — wir Ginge träumen — schützt gegen einen solchen  
Absolutismus nicht, entweder hat die Bureaucratie die Majorität  
in unsern jetzigen Kammern, oder sie macht sich dieselbe blen-  
dend, durch Zuzugewinn und Versteck, oder sie läßt die Kammern  
bescheiden, ohne nur einen Titel der Verfassung zu verändern oder  
zu verletzen. Eine solche Regierung-Wiese kann, wie wir in  
Frankreich gesehen, fünfzehn und mehr Jahre verhalten, pflegt  
aber dann allerdings mit einem stillen und politischen Bancarro-  
t zu schließen, aus dem sich bis jetzt noch Niemand durch Pro-  
ceß abgefunden hat. Wollen wir daher das Schicksal Frank-  
reichs vermeiden, es ist die höchste Zeit, daß wir auch seine Wege  
verlassen, und hierfür wollen wir wirken, so lange es noch  
Zeit ist.

## Deutschland.

Berlin, 24. Januar. Die heutigen Blätter bringen  
ohne Ausnahme Erörterungen über die in Dresden zu treffenden  
Verhandlungen hinsichtlich der neuen Bundes-Central-Gewalt. Am  
allgemeinsten hält sich dabei die Deutsche Reform, welche die  
Schwierigkeiten hervorhebt, die jeder Verbesserung der alten Bun-  
desverfassung entgegenstehen. Das Blatt meint, es müsse nun  
einmal geändert werden; die Initiative, welche die Regierungen  
wider ergriffen, verlange, daß etwas Neues zu Stande gebracht  
werde; aber das Erforderniß der Stimmeneinhelligkeit stelle sofort  
jede Reform fast wieder in Frage. Wir unterstellen schon unter  
den obwaltenden Umständen in der Stimmeneinhelligkeit, namentlich  
bei der legislativen Verfassung des Centralorgans, ein wichtiges  
Hinderniß für die Selbstständigkeit der Einzelstaaten.

Die Sympathie der Zeitung steht in der Reducirung des  
Stimmverhältnisses im Bundesrathe von 17 auf 11 einen offenen  
Nachschuß für Preußen. Die Stimmen der kleineren Fürstenthü-  
mer, sagt sie, welche früher zu Gunsten Preußens in die Wag-  
schale fielen, würden jetzt zu Gunsten der mittleren Königreiche ge-  
schlagen. Noch schlimmer würde das Verhältniß für Preußen  
werden, wenn am deutschen Bunde eine National-Repräsentation  
begründet werden sollte. Dann würden die Kammern des eigenen  
Landes zu Provinzialversammlungen zusammengefaßt, und eine  
Majorität außerpreussischer Abgeordneter würde Preußen Gelege-  
nheit verschaffen. Ein wichtiger Gesichtspunkt für Preußen werde  
immer bleiben, daß die Reorganisation des Bundes und jeder ir-  
gend eingreifende Beschluß nur durch Stimmeneinhelligkeit zu  
Stande kommen.

Seine Majestät der König haben gestern um 10 Uhr das  
1. Bataillon (Berlin) 2. Garde-Landwehr-Infanterie-Regiment,  
das 3. Bat. (Düsseldorf) 4. Garde-Landwehr-Inf.-Regt. und das  
12. Linien-Inf.-Regt., heute um 9 Uhr das 2. Bat. (Sretin)  
1. Garde-Landwehr-Inf.-Regt., das 2. Bat. (Görlitz) 4. Garde-  
Landwehr-Inf.-Regt. und das Landwehr-Bataillon (Wiesbaden) des  
35. Inf.-Regts. (3. Reserve-Regt.) unter dem Linien befehligt.  
Die sämtlichen Stabs-Offiziere und Compagnie-Chefs sowie  
Compagnie-Führer der gedachten acht Bataillone waren gestern zur  
Königl. Tafel in Charlottenburg befohlen.

Ihre Majestät die Königin haben gestern den Vorbescheid  
der Truppen aus den Garnisonen des Prinzenpalais gesehen.  
Gestern Abend waren Ihre Majestäten der König und die  
Königin in der Oper.

Gute Vormittag haben Se. Majestät der König im Grun-  
wald. Das Jagdgebiet wird im Jagdschloß Grunewald sein.

Die hier verbreitete Nachricht des „Tel. Corresp.“ Bur.  
aus Dresden, nach welcher Hr. v. Mantuffel und Fürst Schwarz-  
zenberg am 2. Februar in Dresden wieder zusammenkommen sollen,  
dürfte mehr als verfehlt sein; sollte eine solche Zusammenkunft  
sich noch einmal notwendig machen, so ist doch noch viel zu  
unbestimmt, als daß bereits ein Termin dafür angegeben sein sollte.

Der General-Lieutenant von Rabowitz wird, wie wir  
hören, morgen früh nach Erfurt abreisen.

Morgen früh findet die Begräbnis der Leiche des Mi-  
nisters des Innern von Seyden-Leistenow nach sei-  
nem Gute statt. Dem Vernehmen nach werden sich die Freunde  
des Verstorbenen in der dem Sterbehause (Wehrhau 7.) gegen-  
über belegenen Wohnung des General-Lieutenants v. Reppert ver-

sammeln und den Leichen-Conduct bis vor das Brandenburger Thor  
geleiten.

Dem Vernehmen nach wird der Präsident des Appellhofes,  
Schwarz in Köln, wegen Alter und Kränklichkeit seine Entlas-  
sung nachsuchen. Als sein Nachfolger wird der Unterstaats-Ser-  
cretär im Justizministerium Müller bezeichnet, der wiederum in  
seiner Stelle durch den hiesigen Unterstaats-Secretär im Mini-  
sterium für landwirthschaftliche Angelegenheiten, Vobe, ersetzt wer-  
den soll.

Seute fand ein Ministerrath im Hotel des Staatsmini-  
steriums statt.

Der „Const. Zeitung“ wird folgendes aus Dresden vom  
22. Januar geschrieben, nach wir wiedergeben, ohne die Rich-  
tigkeit zu versichern zu können: „Die Anwesenheit des Oesterreichischen  
Fürstbischofs von Breslau (in Dresden) und die Veranlassungen der Bevöl-  
mächtigten, die vorgestern und früher hiesigen, sollen einen  
ganz eigenen Zweck gehabt haben. Man hat nicht weniger als  
die Einführung einer provisorischen Central-Gewalt im Bunde be-  
rathen. Die zu errichtende Central-Gewalt soll von Oesterreich  
und Preußen gemeinsam gebildet und dieselbe mit ausführlichen  
Befugnissen, hauptsächlich über die Militärmacht des Bundes, be-  
traut werden. Die Interims-Commission oder vielmehr die Cen-  
tral-Bundes-Commission, die jetzt nur noch formell existirt, ist  
hierbei als Norm angenommen worden. Es wird mit noch nicht  
getheilt, daß der Vorschlag von den Bevollmächtigten hier ver-  
worfen worden wäre, und daß die Gewährung der Regierungen  
mit Rücksicht bevorstehe.“

Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Frankfurt gemeldet,  
daß die Großherzogin badische Regierung gegen die Dresde-  
ner Auffassung, betreffend das neue Stimmverhältniß im Bundes-  
Central-Organ, Einspruch erhoben habe.

In der Familie des britischen Gesandten, Grafen Wel-  
soreland, herrscht große Betrübnis über den Gesundheitszu-  
stand des Sohnes, Lord Burghersh, welcher in Folge eines  
früheren Sturzes mit dem Pferde lebensgefährlich erkrankt darun-  
terliegt.

Der Minister des Innern hat die Verbreitung des nach-  
stehenden Druckwerks: „Socialistisches Vordruck mit Original-  
beiträgen von H. Heine, R. Freiligrath, G. Werth und Andern,  
herausgegeben von H. Wittmann. Zweite Auflage. Kassel, J. G.  
Z. Naab und Comp. 1851“ auf Grund des § 3 der Verord-  
nung vom 5. Juni v. J. für den ganzen Umfang der Monarchie  
untersagt.

Dem Vernehmen nach wird den Kammern, falls die übrigen  
Arbeiten derselben zeitig genug erledigt werden, um für die  
Bearbeitung einer so wichtigen Vorlage hinreichende Mühe zu las-  
sen, die im Justizministerium schon längst vorbereitete neue Vor-  
mundschafts-Ordnung zur Verabreichung gehen.

Der Herren Kammer ist von ihrem Mitglieder-Hrn. Koye  
folgender, vielfach unterzeichneter Antrag vorgelegt: Die Hohen Kam-  
mer wolle beschließen: An das Königl. Staatsministerium den  
Antrag zu stellen, daß dasselbe den Kammern ein Gesetz zur Grün-  
dung eines Denkmals für den verstorbenen Minister-Präsidenten  
Grafen von Brandenburg, auf Kosten des Vaterlandes und  
würdig der Verdienste des zu früh Verstorbenen, vorlegen möge.  
Motive: Dankbarkeit gegen die Männer, welche mit treuer Hin-  
gebung dem Vaterlande gedient haben, ist die heilige Pflicht der  
Völker.

In der Herren Kammer hat die Commission zur Verabreichung  
der Verordnung über den Verlagerungszustand ihre Ar-  
beiten vollendet, so daß in den ersten Tagen der nächsten Woche  
der Beginn der Beratungen im Plenum zu erwarten sein dürfte.  
Auch die Commission zur Verabreichung des Preussischen Gesetzes wird  
in den nächsten Tagen ihren Bericht erstatten können, da, wie wir  
hören, diese vollständig beendet ist; ebenso gehen die Arbeiten der  
Commission über die Gerichtsorganisation ihrer Vermittlung  
rasch entgegen.

Nunmehr ist auch der Etat für die sämtlichen Staats-  
anwälte bei allen Gerichten der Monarchie geregelt. Die Stel-  
len waren bis jetzt noch nicht taufst und die Besoldung bestand  
daher nur in Diktien. Als Maximum der Besoldung eines Staats-  
anwalts ist beim Stadtgericht in Berlin die Summe von 1500  
Thlr., als Minimum 800 Thlr., bei den Stadtgerichten zu Königs-  
berg, Danzig, Breslau und Magdeburg ist nur ein Satz von 1200  
Thlr. angenommen. Für alle übrigen Staatsanwälte schwanken  
die ausgelegten Gehälter zwischen 1200 und 800 Thlr., für  
Staatsanwaltsgehilfen zwischen 600 und 500 Thlr. Die Ober-  
staatsanwälte erhalten beim Obertribunal 2500 Thlr., beim Kam-  
mergericht 2000 Thlr., bei den Obergerichten in Frankfurt, Bres-  
lau, Posen, Marienwerder, Naumburg und Magdeburg 1800 Thlr.,  
bei den übrigen Appellationsgerichten sämtlich zwischen 1600 und  
1400 Thlrn.

Der Geis-Entwurf für die neue Grundsteuer soll mit  
Nächstem den Kammern vorgelegt werden.

Zur Gemeindeordnung enthält das Amtsblatt der  
Königlichen Regierung zu Frankfurt a. d. O. folgende Bekannt-  
machung: „Da bereits in mehreren Gemeinden der Monarchie die  
Gemeindeordnung vom 11ten März 1850 vollständig eingeführt  
worden ist, so stellt sich sofort das Bedürfnis heraus, daß gleich-  
zeitig mit der Konstituierung der neuen Gemeinde-Organen auch die  
Aufsichtsbehörden ins Leben treten. Die Aufsicht über die Ver-  
waltung der Gemeinden hat das Geis. dem Kreis-Bezirks- und Pro-  
vincial-Ordnung vom 11. März 1850 ist aber zur Zeit noch nicht  
möglich, und wird deshalb eine provisorische Bildung der Auf-  
sichtsbehörden unthunlich. Auf Grund der §§ 145 und 152 der  
Gemeinde-Ordnung und des § 67 der Kreis-, Bezirks- und Pro-  
vincial-Ordnung vom 11. März 1850 ist deshalb höherer Orts  
bestimmt worden: daß alle Befugnisse, welche die Gemeinde-Ordnung

## Am 24. Januar,

### dem Geburtstage des verstorbenen Grafen von Brandenburg.

Erwig walter Gottes Gnade, läßt uns werden und vergehn,  
Gleich dem Thau der Morgenröthe vor des Mittags heißem Wehn:  
Durch den Odem seines Mundes rollt die Welt und blüht die Rose,  
Lebt der Mensch und kehrt er wieder zu des Vaters lichte Schöße.

Seiner Hand entfallen Seelen in das Land der Sterblichkeit,  
Gleich den Tropfen, die zu Perlen werden in dem Strom der Zeit;  
Von dem Herrn der Heerschaaren vor Aeonen aufgeführt,  
Wird durch sie des Ewig's Wille in die nied're Welt geboren.

An der Wiege solches Helden jeh' ich heut ein ganzes Land  
Dankerkfüllt das Große preisen, das durch seinen Muth erkand, —  
Neubelebt durch seine Treue, welche niemals, niemals wankte,  
Als die Schlange des Verrathes drohend um den Thron sich rankte.

An dem Grabe dieses Helden jeh' ich heut ein ganzes Land,  
Hör' ich einen König klagen um das aufgelöste Band,  
Tief das Leid der Herzen ehrend, welche Stund' auf Stunde zählen,  
Bis zum glanzverschlungnen Tage der Vereinigung der Seelen.

Ja! zu dieses Grabes Häupten sitzt der Glaube lichtbeschwingt,  
Welcher mit dem Wort des Heiles alle Nacht der Zeit durchdringt:  
„Selig, selig sind die Menschen, denen Aufsehtungen nahen;  
„Denn sie werden, treu befunden, einst des Lebens Kron' empfangen.“











